

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Nieu, Erfeld, Luth.-Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 31

Düsseldorf, den 1. August 1925.

Versandort Erfeld

## Wirtschaftskrisis und Gewerkschaftsforderungen.

Denkschrift der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Die bekannte Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 11. Mai an die Reichsregierung wird in eingehender Weise durch eine Eingabe gewürdigt, die die Gewerkschaftsbünde gemeinsam am 8. Juli der Reichsregierung zustellten. Die gewerkschaftliche Gegenwartschrift besagt u. a. folgendes:

„Die gegen die Gewerkschaften gerichteten Schlussfolgerungen der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände stützen sich auf die Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft durch die Entwicklung der Arbeitsbedingungen — Löhne, Arbeitszeit und Sozialbelastung — und die erhöhte Belastung durch die Reparationsverpflichtungen — erhöhte Abgaben und Steuern, Frachttaxe usw. — dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht gewachsen sei. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände fordert von den Arbeitnehmern Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen und Einwilligung in eine Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere auf unabsehbare Zeit hinaus Verzicht auf den Achtstundentag. Die Gewerkschaften sollen unter Verzicht auf Lohnbewegungen die derzeitigen oder gar noch zu reduzierenden Arbeitsbedingungen, durch langfristige Arbeitstarife festlegen. Von der Reichsregierung verlangt die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, daß sie diese Forderungen unterstützt, indem sie jede weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in öffentlichen Diensten ablehnt und durch Beeinflussung der amtlichen Schlichter — durch Fällen entsprechender Schiedsprüche und Verweigerung der Verbindlichkeit bei Schiedsprüchen, die Verbesserungen vorsehen — an der Tiefhaltung der Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft mitwirkt.

Die deutschen Gewerkschaften sind sich der gegenüber dem deutschen Volk auf ihnen und ihrer Lohn- und Arbeitspolitik ruhenden Verantwortlichkeit durchaus bewußt. Wenn sie die tarifvertragliche und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und die Sicherung einer Lohnhöhe, die dem Arbeitnehmer eine angemessene Lebenshaltung gewährt, fordern und durchsetzen gewillt sind, so steht dieses Ziel durchaus im Einklang mit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes.

Die Erfüllung der deutschen Arbeitgeberforderungen würde der deutschen Volkswirtschaft nichts nützen, weil sich naturgemäß eine gleiche Reaktion in den Wettbewerbsländern durchsetzen und einen etwaigen deutschen Vorprung sehr schnell ausgleichen würde — dann aber mit der

volkswirtschaftlich verhängnisvollen Wirkung, daß der ohnehin infolge der mangelnden Kaufkraft der Volksmassen stagnierende Weltmarkt noch weiter geschwächt wäre, weil steigende Absatzstochung und Arbeitslosigkeit unausbleiblich wären. Statt des durch höhere Löhne und längerer Arbeitszeit für die deutsche Volkswirtschaft im Kampfe um die Steigerung der Absatzmöglichkeit bezweckten Erfolges entstände auch für Deutschland durch die sinkende Kaufkraft und fortwährende Verelendung der Arbeitnehmerschaft aller Länder eine weitere Beschränkung des Warenexportes.

Die Belastung der deutschen Produktion durch Löhne, Dauer der Arbeitszeit und Sozialversicherung kann nur im Vergleich mit der Entwicklung der Faktoren in den übrigen Ländern geprüft werden. Ein Vergleich darf nicht einseitig von der Vorkriegszeit in Deutschland ausgehen.

Wenn auch zugegeben werden soll, daß insbesondere die Belastung der deutschen Wirtschaft erheblich ist, so wenden wir uns doch gegen die übertriebenen und unbeweisbaren Behauptungen in der Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. In der Frage der Arbeitszeit, werden mit größter Unbefangenheit Behauptungen aufgestellt, deren Richtigkeit durch wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen in zahlreichen Fällen erwiesen ist. „Von der längeren Arbeitszeit ist der derzeitige Lebensstand des deutschen Volkes, an Lohn, Preis und Kaufkraft gemessen, wesentlich abhängig.“ Darum müsse längere Arbeitszeit da verlangt und langfristig sichergestellt werden, wo Steigerung von Produktion und Absatz dadurch ermöglicht würde. Ob und in welchem Umfange das der Fall ist, wird nicht näher ausgeführt. Man läßt es nicht für nötig, einzugehen auf die große Zahl amtlicher Erhebungen, aus denen ersichtlich wird, daß man mindestens gerade nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit ein etwaiger Produktions- und Leistungsanstieg verschuldet wird. Daß die allgemeinen, kulturellen und gesundheitlichen Folgen einer Verkürzung der Arbeitszeit sich erfahrungsgemäß letztendlich stets

Hebung der Arbeitsintensität, -fähigkeit und -freudigkeit zugunsten der Produktion auswirken, wird mit keinem Worte gestreift. Wesentlich erkennbar wird vielmehr in den ganzen Ausführungen der Wunsch, die heute schon stark gelockerte gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit völlig zu beseitigen.

Wie man dabei rechnet, zeigt insbesondere die Erklärung, daß auch heute noch (nach dem Abbau aller diesbezüglichen Demobilisierungsvorschriften) die dem Stande der Wirtschaft eigentlich entsprechende Arbeitslosigkeit „nicht zuletzt durch die kürzere Arbeitszeit künstlich verdeckt werde“. Von der Verlängerung der Arbeitszeit erwartet man also eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit, mit der man natürlich auf die in den Betrieben Befindlichen einen um so stärkeren Druck auszuüben hofft.

Das Lohnproblem wird in ähnlicher Weise behandelt. Zunächst wird das Lohnniveau vom Januar 1924 verglichen mit dem vom April 1925, das 50—70 Prozent über dem ersteren und 20—25 Prozent über dem vom Juli 1924 liegen soll.

Abgesehen davon, daß diese Prozentzahlen in erheblichem Umfange nicht zutreffen, beweist der Hinweis auf den niedrigen Stand vom Januar 1924 nur, daß die Zermürbung der Arbeitnehmerschaft durch die Inflation- und Ruhrkampfkrisen sich bei eintretender Stabilisierung in vollem Umfange offenbarte, daß nach der durch die Inflation verursachten Periode der

Verschlechterung der tatsächlichen Lohnkaufkraft es einer längeren Zeit und größerer Anstrengungen der Arbeiterschaft bedurfte, um das Lohnniveau dem Existenzminimum und den Friedensreallohn wieder anzunähern.

Nach den vergleichenden Statistiken der Gewerkschaften über die Entwicklung der Tariflöhne in 25 deutschen Städten und 43 Berufen, betrug der Tariflohn für den männlichen Bollarbeiter im Jahre 1913-14 im Durchschnitt 57 Pfg. stündlich. Eine Zusammenstellung der Tariflöhne für die gleichen Orte und Berufe zeigte für Ende 1923 einen Durchschnitt von 52,6 Pfg., obwohl die Lebenshaltungskosten im Dezember 1923 nach dem amtlichen Index etwa 25 Prozent höher lagen, als 1913-14. Ende März 1924 war der Durchschnittslohn auf 52,4 Pfg. gesunken, allerdings bei etwas sinkenden Lebenshaltungskosten. Mit dem Steigen dieser Kosten steigt der Durchschnittslohn Ende Juni 1924 auf 62,6 Pfg., Ende September auf 64,7 Pfg., Ende Dezember auf 71,7 Pfg. und Ende März 1925 auf 136,8. Dabei ist besonders zu beachten, daß in der Vorkriegszeit die Tariflöhne sehr viel mehr als heute eine untere Lohngrenze darstellten, während in der Nachkriegszeit der tarifvertraglich vereinbarte Lohn in der Regel zum Normallohn wurde, und daß der amtliche Index aus einer Reihe von Gründen erheblich hinter der tatsächlichen Verteuerung der Lebensmittel zurückbleibt. Erfahrungsgemäß vollzieht sich aber seit Herbst 1924 die Lohnentwicklung in der Richtung einer stärkeren Differenzierung der Löhne der gelernten und der ungelerten Arbeiter, nachdem besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine starke Annäherung dieser Löhne erfolgt war. Besonders die Löhne der ungelerten Arbeiter, also der Mehrzahl der Beschäftigten, bleiben in der neueren Zeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit beträchtlich hinter den Löhnen der gelernten Arbeiter zurück.

Ein Streiflicht auf den niedrigen Stand der Löhne wirft auch eine Eingabe des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten an den Reichsarbeitsminister vom 10. Juni d. J., in der es heißt, daß von allen bei ihnen im Jahre 1924 geleisteten Beiträgen über 30 Prozent in der niedrigsten Beitragsklasse entrichtet wurden.

Wenn die Denkschrift der Arbeitgeber die Personalausgaben im Gesamtetat der deutschen Industrie auf 150 Prozent der Vorkriegszeit beziffert, so ist diese Angabe höchst unklar. Die Zahl der in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist seit 1913 bis 1924 um einige Millionen gestiegen. Verteilt sich auf diese der auf 150 Prozent gestiegene Gesamtetat, so beweist dies, daß der Reallohn des einzelnen Arbeitnehmers ganz außerordentlich gefallen

ist. Ist jedoch der einzelne Arbeiter gemeint, so wäre dieses eine starke Übertreibung, da nachweislich die Tariflöhne nominal bis April 1925 nur um 44 Prozent stiegen. Tatsächlich jedoch bleibt selbst die Steigerung der Nominallöhne beträchtlich unter 44 Prozent, weil, wie oben bemerkt, heute der Tariflohn den Normallohn bildet. Der Reallohn erfährt daher auch keine Steigerung, sondern bleibt erheblich hinter dem Reallohn der Vorkriegszeit zurück. Aber selbst wenn eine Steigerung des Lohnes auf 150 Prozent erfolgt wäre, bedeutete dieses

keine gegen die Vorkriegszeit erhöhte Belastung der Industrie, da die Weltmarktverteuerung höher ist.

Unverständlich ist, daß die Kosten der einzelnen Arbeitskraft nach der Denkschrift 60—100 Prozent über dem Vorkriegsstand liegen sollen. Nicht angegeben ist, ob es sich um die nominale oder reale Höhe der Belastung handelt. In der realen Belastung ist keine Steigerung eingetreten. Der Lohn ist auch heute noch, wie bemerkt, unter seinem früheren Realwert. Die soziale Belastung ist gleichfalls in der realen Höhe nicht gestiegen.

Es sei auf die zahlreichen Erörterungen amtlicher Erhebungen im „Reichsarbeitsblatt“ verwiesen, wonach die soziale Belastung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Geldentwertung nicht höher als die vor dem Kriege zu veranschlagen ist.

Daß die ausländischen Reallohn höher sind als die deutschen, will die Denkschrift nur bezüglich der Vereinigten Staaten anerkennen. Ebenso geht sie auch an der Tatsache vorüber, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau das gleiche ist, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensstand festgefunden hat. Dies geht hervor aus der Statistik von Professor Dr. Paul Hermsberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Prozenten der Löhne von 1914. Darnach waren Ende 1924 die Nominallöhne gestiegen:

In Deutschland	122 Prozent
„ Italien	160 „
„ Frankreich	152 „
„ England	200 „
„ der Schweiz	200 „
„ Schweden	249 „
„ Holland	295 „
„ den Vereinigten Staaten auf	232 „

Es geht auch nicht an, bei der Beurteilung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft mit dem Wohnungssektor zu spekulieren, indem man erklärt, „daß der Lebensstandard einer Familie ja vielfach nicht ausschließlich von dem Einkommen eines einzelnen Familienmitgliedes abhängig sei, da heute in weit größerem Umfange wie in der Vorkriegszeit gerade in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien mehrere Familienmitglieder bei gemeinsamem Haushalt Arbeitseinkommen zu verzehren hätten“. Die infolge der Wohnungsnot und der geringen Einkommen wachsende Erschwerung einer selbständigen Haushaltsgründung kann nicht als ein Dauerfaktor in die Lohnpolitik eingeseht werden.

Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus kann von einer ungefunden und wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht gesprochen werden. Weder Löhne noch Sozialbelastung übersteigen im Gegensatz zum Ausland die relative Höhe der Vorkriegszeit. Nicht mit den Tatsachen vereinbar ist die weitere Behauptung der Arbeitgeber, daß Produktion und Güterumsatz nur etwa 70 Prozent des Vorkriegsstandes betragen, da weder die Zahl der Beschäftigten noch die Arbeitsintensität vermindert wurde. Die relativ niedrige Zahl der Erwerbslosen beruht nicht darauf, daß der Industrie die unproduktive Beschäftigung von Arbeitskräften aufgezwungen wird. Die Industrie kann heute ihre Betriebsführung ohne einschränkende Hemmungen organisieren. Sie ist keiner zwangsweisen, verteuerten Uebersezung mit Arbeitskräften unterworfen, sondern kann von sich aus jeden unproduktiven Leerlauf ausschließen.

Aus allen diesen Darlegungen geht klar hervor, daß weder die Produktivität auf 70 Prozent der Vorkriegszeit gesunken ist, noch daß die Kosten der einzelnen Arbeitskraft um 60 bis 100 Prozent gestiegen sind. Damit kann der Kernsatz in der Argumentation der Arbeitgeberdenkschrift nicht mehr aufrecht erhalten werden, und auch die aus ihm abgeleiteten Schlussfolgerungen brechen in sich zusammen.

Bei Betrachtung der Beziehung zwischen Lohn und Preis werden in der Denkschrift Ursache und Wirkung verwechselt. Feste Löhne können solange nicht auf lange Sicht abgeschlossen werden, wie mit einer sich

aus anderen Ursachen ergebenden Preissteigerung gerechnet werden muß. Die Unsicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen und daher in der Kalkulation, kann nur bei dem geringen Anteil, den der Lohn insgesamt und daher seine Schwankungen insbesondere am Produkt haben, im wesentlichen nicht auf das Konto des Lohnes gebucht werden. Vielmehr sind es fehlerhafte Inflationsge-

# Wirklich fruchtbringende Tätigkeit

für die Belange der Mitglieder kann der Verband nur dann entwickeln, wenn alle Mitglieder unausgesetzt auf die Stärkung des Verbandes in jeder Beziehung bedacht sind

gewohnheiten und die Uebersättigung des Zwischen- und Einzelhandels, durch welche die Unsicherheit hervorgerufen wird.

Die Abneigung der Unternehmer gegen Zwangs-tarife, ihre Bereitwilligkeit, lieber Streiks als Verbindlichkeitsklärungen auf sich zu nehmen, entspricht ihrem derzeitigen Machtgefühl. Wie würde nach Unternehmer-tum nach Zwangsstellen rufen, wenn das feinerer Meinung die Arbeiterschaft die stärkere Position hätte! Wird doch gegenüber den Bauarbeitern die Regie-gierung, „die öffentliche Hand“, beschworen, einen Druck auf die Löhne auszuüben. Wird doch mit Nachdruck ge-fordert, daß die Löhne und Gehälter der Beam-ten, Angestellten und Arbeiter in öffentlichen Diensten auf das Niveau der Industrielöhne- und Gehälter her-abgedrückt werden!

Die Gewerkschaften haben keinen Grund, mit der Lohnpolitik der Schlichter sonderlich zufrieden zu sein. Aber die Unternehmer suchen das gesetz-liche System zu diskreditieren, weil es eine Beschränkung ihrer Willkür bedeu-tet.

Zur Begründung ihrer Forderung auf Ab-bau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit berufen sich die Arbeitgeberverbände auf die ernste wirt-schaftliche Lage Deutschlands, die sie aus den Ver-lusten durch den Vertrag von Versailles und die nach passiven Handelsbilanz

nachzuweisen suchen. Daß unsere Wirtschaftslage nicht zum be-sten steht, ist unbestreitbar. Man sollte sich jedoch hüten, sie als schlechter darzustel-len, als sie in Wirklichkeit ist. Troz passiver Handelsbilanz ist unsere Währung stabil ge-blieben, das heißt, das Vertrauen des Aus-landes zu unserer Wirtschaftskraft ist bis-lang unerschütterter.

Die Arbeitgeber beschränken sich darauf, von der Arbeitnehmererschaft Opfer zu verlangen, und gleiten still-schweigend über die naheliegenden Fragen hinweg,

### weiche Opfer der Unternehmer

zu bringen gewillt ist. Sind doch die Lasten aus dem Versailles Vertrag bisher in überwiegendem Maße durch die breiten Massen des Volkes aufgebracht worden.

Die Inflationszeit, die mit keinem Worte in der Eingabe erwähnt ist, war die Zeit, in der das Unter-nehmerium die ihm zufallende Machtvolle in wirtschaft-licher und politischer Hinsicht für Deutschlands Gesund-heit fürchten mußten. Das Gegenteil ist geschehen. Der Ausverkauf Deutschlands, der Schleudereport auf Kosten der Lebenshaltung seiner Arbeiter, Angestellten und Beamten, seiner Wissenschaftler und seiner Rentner, ist die böse Saat jener Jahre, die jetzt aufgeht. Die ver-lockenden Möglichkeiten des Schleudereports, die weid-lich ausgenützt wurden, haben unser Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert. Die Sucht, „Schwarte“ zu sammeln und ihre Nachzucht auszudeh-nen, verführte unsere Industrie dazu, Devisen und Be-teiligungen im In- und Ausland anzuhäufeln und in Kongressen und Dachgesellschaften system-los zu konzentrieren. Statt organisierter Weiterentwicklung und handiger Durchorganisier-ung nach den neuesten Errungenschaften von Wissen-schaft und Technik begnügte man sich mit einer rein me-chanischen Verbreiterung der bestehenden Einrichtungen, unbekümmert um die technischen und betriebswirtschaft-lichen Fortschritte, die derweil das Ausland machte. Hier liegt die tiefere Ursache für die Klagen unserer Industrie über die „günstigeren Produk-tionsbedingungen“ des Auslandes und des angeblich auf 70 Prozent beschränkten Leistungseffektes der unmorg-nisch vorbereiteten Betriebe.

Die deutsche Wirtschaft wird notgedrungen in der allernächsten Zeit eine Periode innerer Bereinigung durchmachen müssen. Einige wenige Betriebe sind es, die durch Rationalisierung ihrer Erzeugung der dringenden wirtschaftspolitischen Notwendigkeit Rechnung tragen, während die Mehrzahl der Unternehmer diese Einsicht vermissen läßt und sich nicht zu neuer Initiative aufraffen kann, sondern an den allgemohnten Methoden fest-hält. Daher sind auch im allgemeinen die Kredite, die nach der Stabilisierung zur Ankaufbelohnung der Wirtschaft gewährt worden sind, nicht zu der notwendigen Inter-alisierung der Gütererzeugung verwandt worden.

Aus allen diesen Ursachen heraus ist die von den Unternehmern versprochene Preisenkung nicht durchge-führt worden, obwohl letzter die Kohlenpreise niedrig gehalten, und die Preise für Elektrizität, Gas und Wasser gesenkt worden sind, und die Umsatzsteuer er-mäßigt wurde. Die natürliche Folge des hohen Preis-standes bei geringen Löhnen wirkt sich in starker Be-schränkung der Kaufkraft der breiten Masse des Volk-es aus. Trotzdem fordern die Arbeitgeber weitere Senkung der Löhne.

### Die Notwendigkeit der Hebung des inneren Marktes

Wird nun auch von der Industrie anerkannt, Troz dem verlangt sie äußerste Beschränkung des Konsums. Dabei wird übersehen, daß gerade durch gesenkten Inlandsabsatz die Industrie zu Leistungen befähigt wird, die ihre Möglichkeit des Auslandsexportes vergrößern. Allerdings erfordern der Inlands- wie der Auslandsmarkt immer gebietender eine Beschänkung auf Mindestgewinn-quoten. Großer Umsatz bei geringem Kräfte im In-land, speziell in Amerika, zu einer erheblichen Preis-enkung und damit zur Hebung der Kaufkraft geführt. In Deutschland hält man sich an dem Grundgesetz, Gro-ßer Nutzen, wenn auch geringer Umsatz, „Gro-ßer Kartellpolitik sucht man auch dem am teuersten herstellenden Unternehmer noch einen Gewinn zu ver-schaffen.

Zum Schluß sei noch auf die gewaltige Gefahr hin-gewiesen, der die einseitig gegen die Arbeiterschaft ge-richteten Forderungen der Unternehmer die Gesamtheit des deutschen Volkes aussetzen drohen. Die Unternehmer können nicht glauben, daß die Ar-beitnehmer sich der einseitigen Interessen-politik der Industrie beugen werden, und sie glauben es auch nicht, wie ihre Bereitwilligkeit, wirtschaftliche Kämpfe auf sich zu nehmen, zeigt. Die Gewerkschaften aber sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle erdenklichen Opfer auf sich genommen hat, preis-zugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dieses Wohl schützen und schützen und das Los der Arbeitnehmerschaft zu verbessern suchen, weil sie der Arbeitnehmerschaft zu verdanken haben, weil sie es gewiß sind, ihrem Volke damit den größten Dienst zu erweisen. Die Verantwortung für die aus die-sen Kämpfen, gleich wie sie enden werden, erwach-sende Erschütterung des Volks- und Wirt-schaftslebens aber tragen die Kriege- und Wirt-schaftserschütterungen, die nicht bereit sind, sich ehrlich an den notwen-digen Opfern der deutschen Nation zu be-teiligen.

Auf dieses drohende Unheil die Regierungen des Reiches und der Länder hinzuweisen und einer Klarstel-lung der für das Schicksal des deutschen Volkes so un-endlich wichtigen Tatsachen zu dienen, ist der Zweck die-ser von den Gewerkschaften aller Richtungen verfaßten Schrift.

## Die Lohnkämpfe in der Textilindustrie

sind bis zur Stunde, wo diese Uebersicht geschrieben wurde, nur zu einem kleinen Teile beendet. In keinem der westlichen Verbandsbezirke mit Einschluß der Rhein-pfalz, ist es bis jetzt zu einem neuen Lohnabschluß ge-kommen. In allen den Bezirken haben mir gegenwärtig noch in der Lohnfrage eine tadellose Zeit. Für die Be-zirke Aachen, M.-Gl. Adh. und Crefeld finden am 23. Juli beim Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Ob durch diese Verhandlungen die Gefahr des Ausbruchs eines Kampfes vorläufig gebannt ist, wird zum größten Teil von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängen.

Die Aussperrung in Gera wurde durch die Arbeit-geber als beendet erklärt, nachdem die streikenden Stuhl-meister die Arbeit wieder aufgenommen. Auch die Be-zugung in Ostfriesland fand ihre Erledigung. Erst in der nächsten Nummer unserer Verbandszeitung kann über den Ausgang dieses Kampfes bezw. über die Zugeständ-nisse der Arbeitgeber Näheres mitgeteilt werden.

Die Kämpfe in Schlesien haben sich noch weiter verschärft. Vom Verbands schlesischer Textilindustrieller ist die Aussperrung der Textilarbeiter des ganzen Tarifgebietes angeordnet worden. In den meisten Bezirken wurde der Arbeiter-schaft bereits gekündigt.

Am 14. Juli fanden Verhandlungen vor dem Schlich-tungsausschuß Görlitz im Rathaus zu Rauban statt. Da die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten, wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

In Anerkennung der Tatsache, daß die Spannung der Löhne zwischen den Jugendlichen und Erwachsenen noch Auffassung des Schlichtungsausschusses zu groß ist, sollen die Sätze der Löhne der Jugendlichen vor-weg in folgender Weise erhöht werden:

Arbeiter:	Facharbeiter:	
	männlich:	weiblich:
von 14—16 Jahr.	21,7 (13,7)	13,8 (12,6)
von 16—18 Jahr.	15,8 (10,9)	16,6 (14,2)
	15,6 (14,2)	22,5 (20,4)
	16,6 (15,1)	

(Die eingeklammerten Zahlen geben die bisherige Stundenlöhne der Jugendlichen bis zu 18 Jahren an.) Die vorweg um ungefähr 10 Proz. erhöhten Löhne der Jugendlichen und alle übrigen Löhne werden um weitere 16 Prozent erhöht.

Der bisher 10 Prozent betragende Akkordzuschlag wird auf 12,5 Prozent erhöht.

Die Regelung soll gelten ab 13. Juli bis 31. Oktober, erstmalig Mitte Oktober zum Ende des Monats kündbar. Erklärungsfrist bis Dienstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr zu Händen des Schlichtungsausschusses.

Am Mittwoch, den 22. Juli, finden in Breslau Verhandlungen statt für die gesamte schlesische Textil-industrie. Ob es zu einer Verständigung kommen wird, hängt auch in diesem Falle zu einem guten Teile von dem Willen der Arbeitgeber ab, die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen. Ausführlicher kann erst in der nächsten Nummer über die Einigungsverhandlungen berichtet werden.

Die am 1. Juli abgetroffenen Verhandlungen für die württembergische Textilindustrie sind am 18. Juli im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft wieder aufgenommen und weitergeführt worden. Nach langen, äußerst komplizierten Verhandlungen gelang es, mit den Arbeitgebern ein neues Lohnabkommen zu vereinbaren.

Danach sollen ab Montag, den 20. Juli, folgende Normalzeitlöhne bezahlt werden:

	männlich			weiblich		
	Ortsklasse I	Ortsklasse II	Ortsklasse III	Ortsklasse I	Ortsklasse II	Ortsklasse III
mit über 14 Jahren	1	2	3	1	2	3
15	26	25	24	22	21	20
16	29	28	27	23	22	21
17	32	31	30	25	24	23
18	38	36	35	27	26	25
19	41	39	37	28	27	26
20	48	46	44	31	30	29
21	54	52	50	36	35	34
22	54	52	50	40	38	36
23	60	58	56	45	43	41

Bereits bestehende höhere Löhne dürfen durch die vorstehende Abmachung nicht gesenkt werden.

In den nächsten Tagen wird eine Kommission zu-sammentreten, die die Zulagen für die Facharbeiter einer Revision zu unterziehen hat. Seitens der Arbeitgeber ist bereits zugesagt, daß diese eine Erhöhung erfahren sol-len.

Diese Lohnabmachung soll Geltung haben bis 31. Dezember 1925. Falls jedoch der Index bis 1. Oktober sich um 5 Prozent erhöhen sollte, kann das Lohnabkom-men gekündigt und neue Lohnforderungen eingereicht werden.

In der Niederlausitz kam es auch nicht zu einer Einigung in der Lohnfrage. Der Schlichter für die Pro-vinz Brandenburg fällt folgenden Schiedsspruch: „Der Ecklohn der Weber beträgt ab laufender Lohnwo-che 46 Pfg. Im gleichen Ausmaß erhöhen sich die Löhne der übrigen in der Grundtabelle der Lausitzer Textilin-dustrie benannten Arbeitergruppen.

Brauchteile eines Pfanngs unter einem halben Pfg. werden auf einen halben Pfg., über einen halben Pfg. auf volle Pfg. aufgerundet.

Das Lohnabkommen läuft bis zur letzten Lohnwoche im Oktober und jemeils um vier Wochen weiter, sofern es nicht mit 14-tägiger Frist gekündigt wird.

Erklärungsfrist bis zum 9. Juli 1925.“ Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, ebenso von dem größten Teile der Arbeiter-schaft. In einer von unserem Verbands abgehaltenen Versammlung wurde er einstimmig abgelehnt. In dieser oder der nächsten Woche werden beim Reichsarbeitsmini-sterium neue Verhandlungen stattfinden.

Für das Tarifgebiet Sorau und Umgebung war der Lohnsatz ebenfalls gekündigt worden. Lohn-erhöhungen und sogar Lohnverhandlungen wurden von den Arbeitgebern strikte abgelehnt. Es kam daher zur Fällung folgenden Schiedspruches:

„Die im Tarif vom 10. Februar 1925 festgesetzten Zeitlöhne werden mit Wirkung ab 10. Juli 1925 um 10 Prozent erhöht. Die so ermittelten Löhne bilden die Grundlage auch für die Akkordlöhne. Dieses Lohnab-kommen gilt bis 31. Dezember 1925 und kann mit 14-tägiger Frist, erstmalig am 15. Dezember 1925, gekündigt werden.“

Für das Tarifgebiet Schmiebus und Züllichau wurde ein Schiedspruch gefällt, der sämtliche Stunden-löhne um 10 Prozent erhöht. Dieser Schiedsspruch wurde einstimmig gefaßt. Es ist darum anzunehmen, daß er auch von den Arbeitgebern angenommen wird.

## Stellung der Christlichen Textilarbeiter zum Lohnstreit am Rechtsrhein

Die am 19. Juli 1925 im Gewerkschaftshaus Barmen versammelten Vertreter des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk Barmen, nehmen Stellung zum gegenwärtigen Stand der Lohn- und Ar-beitsverhandlungen. Nach einem ausführlichen Bericht des Bezirksleiters Otto Büchsenhüh und anschließender Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung an-genommen:

### Entschließung

Die aus allen Ortsgruppen des Rechtsrheins ver-sammelten Vertreter des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands bedauern auf das tiefste die unmachtvolle Stellung des Arbeitgeberverbandes bei den Verhandlungen zur Arbeitszeit und Lohnfrage. Sie erblicken daraus, daß die Arbeitgeber nicht gewillt sind, den berechtigten Forderungen der Textilarbeiter Rechnung zu tragen. Sie stellen fest, daß die Arbeitgeber die nach dem großen Streik im vergangenen Jahre unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen festge-setzten ungenügenden Lohnsätze als Ausgangspunkt für die Lohnberechnung nehmen und verweigern wollen. Das gleiche gilt für die damals festgesetzte Arbeitszeit.

Gegen ein solches Vorgehen erheben die Versammel-ten im Namen der Textilarbeiter des Rechtsrheins scharfsten Protest und fordern, daß Lohn- und Arbeitszeitfragen bei den Verhandlungen vom Standpunkt der Gerechtigkeit und nicht der jeweiligen Machtverhältnisse behandelt werden. Des weiteren bedauern die Vertreter die Haltung des staatlichen Schlichters, der die Verbindlichkeitsklärung des vom Schlichtungsausschuß Barmen gefällten Schieds-spruch mit einer nicht tragenden und den tatsächlichen Ver-hältnissen widersprechenden Begründung abgelehnt hat, obwohl die im Schiedsspruch festgesetzten Lohnsätze den Verhältnissen nicht entsprechen.

Diese Anwesenenden wünschen die Arbeitgeber und die staatlichen Schlichtungsstellen, den Bogen nicht zu über-spannen und hoffen bestimmt, daß die Streitfragen bald-zeitig erledigt werden, damit Ruhe und Ordnung, die un-serer Wirtschaft so dringend notwendig ist, aufrecht erhalten werden kann.

Der gesamten deutschen Textilarbeiterschaft aber rufen die Versammelten zu: Lernet aus den eine sehr deut-liche Sprache redenden Zeichen der Zeit und zieht daraus die richtigen Schlüsse. Nur vereint in unserem Zenttal-verband seid ihr eine Macht! Nur mit starken Gewerkschaftskassen vermögen wir uns gegenüber dem Kapital durchzusetzen. Als Einzelne seid ihr machtlos und der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert.

## Zum Lohnkampf in der badischen Textilindustrie

Bie bereits an dieser Stelle gemeldet, haben die Textilarbeiter den Schiedsspruch für die Badische Texti-lindustrie abgelehnt. Beide Textilarbeiterverbände ha-ben daraufhin sofort beim Reichsarbeitsministerium Schritte eingeleitet, um die allgemeine Verbindlichkeits-klärung zu erwirken. Dieser schriftliche Antrag ging schon am Montag, den 6. d. M. nach Berlin ab, ohne daß die beiden Arbeiterverbände bisher über die weitere Ver-handlung der Sache seitens des Reichsarbeitsministeri-ums Nachricht erhalten hätten. Die Organisationsleiter beider Verbände wandten sich nunmehr mit fol-gendem Telegramm an das Reichsarbeitsministerium:

„Die Unterzeichneten ersuchen um telegraphische Mit-teilung, wann Verhandlungen über den Lohnstreit in der Badischen Textilindustrie vom Reichsarbeitsmini-sterium in Aussicht genommen sind. Falls solche noch nicht angeordnet, bitten wir dringend um Beschleunigung der Angelegenheit.“

(Unterschriften der Lohnleiter.)

# Vermehrung der Kampfmittel unseres Verbandes muß die feste Sorge aller Mitglieder sein. Was die Mitglieder am Beitrag zu sparen gedenken, müssen sie nach schweren Kampfzeiten an Lohn und Arbeitszeit einbüßen.

Die Dringlichkeit der Behandlung ist schon deswegen geboten, weil die gesamte Textilarbeiterschaft des badischen Landes noch immer zu den alten Löhnen weiterarbeiten muß. Die letzte Lohnfestsetzung war eine vollkommen ungenügende, so daß die Löhne immer noch sehr niedrig sind. Es werden noch immer die Löhne vom 9. Februar 1925 weiterbezahlt und betragen diese für die männlichen Tagelöhner bei einer Arbeitszeit von 54 Stunden je nach dem Alter 19-46 Pfg., für die weiblichen Arbeiterinnen nur 18-34 Pfg. pro Std. Daß mit solchen niedrigen Löhnen nicht mehr auszukommen ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung mehr. Das wissen auch die Textilarbeitgeber ganz genau. Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber resultiert unserer Auffassung nach daraus, daß die Lohnfrage nicht vom Standpunkte der Vernunft, sondern vom Standpunkt der realen Machtverhältnisse aus behandelt wird. Die badischen Textilarbeitgeber wollen durch ihr Verhalten offenbar zum Ausdruck bringen, daß ihre Macht den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber außerordentlich zugenommen hat. Jedoch: Ein altes Sprichwort sagt: „Allaufmarsch macht schartig!“

Auch die Arbeitgeber werden deshalb gut tun, ihre Haltung zu revidieren, damit sie sich nicht deshalb ins eigene Fleisch schneiden.

## Lohnstatistik.

Im Steuerauschuß des deutschen Reichstags gab am 10. Juli über den Stand und die Steigerung der Löhne der Reichsarbeitsminister eine ausführliche Mitteilung. Wenn man von jeder für beispielsweise den Stundenlohn des Maurers im Jahre 1913 gleich 100 setzt, so ergebe sich im Februar 1925 eine Steigerung des Stundenlohnes auf 122,3, im März auf 129,7, im April auf 136,4, und im Mai 1925 auf 144,2. Beim Hilfsarbeiter des Baugewerbes (ungelernt) steigerte sich der Stundenlohn bis zum Mai 1925 auf 153,7, wobei der Stundenlohn im Jahre 1913 immer gleich 100 gesetzt ist. In der Metallindustrie stellte sich die Steigerung des Lohnes folgendermaßen dar: Februar 1925 gleich 115,9, März 119,1, April 123,8 und im Mai 1925 ist der Index 125. Für ungelernete Arbeiter in der Metallindustrie sind die Indexzahlen folgende: Februar 124,5, März 126,9, April 130,9, Mai 132,8. Im Holzgewerbe steigt die Indexzahl für gelernte Arbeiter vom Februar mit 121,1 auf 135,6 im Mai 1925 und für ungelernete Hilfsarbeiter vom Februar mit 146,8 auf 163,6 im Mai. Ähnliche Zahlen ergaben sich auch in der Spinnerei, in der chemischen Industrie und in anderen Zweigen. Durchschnittlich könne man sagen, daß das Lohnniveau vom Februar 1925 bis zum Mai 1925 um 9 v. H. gestiegen sei. Vergleiche man damit die Steigerung der geschätzten Miete im gleichen Zeitraum, so ergäbe sich, daß die geschätzte Miete kaum so stark gestiegen sei, wie das Lohnniveau. Durch die Mietsteigerung ist also eine Belastung der Wirtschaft nicht gegeben. Ueber die Löhne im Ausland führt eine eben erschienene Denkschrift der Gewerkschaften sehr instruktive Zahlen an aus der Statistik von Prof. Dr. Paul Herrberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Prozenten der Löhne von 1914. Danach waren am Ende 1924 die Nominallöhne gestiegen in Deutschland auf 122 Prozent, in Italien auf 150 Prozent, in Frankreich auf 152 Prozent, in England auf 200 Prozent, in der Schweiz ebenfalls auf 200 Prozent, in Schweden auf 249 Prozent, in Holland auf 295 Prozent und in den Vereinigten Staaten von Amerika auf 232 Prozent. Diese Aufstellung beweist schlagend, daß die Behauptung der Unternehmer, als seien die Löhne in Deutschland unverhältnismäßig gestiegen, nicht haltbar ist.

## Saison-Ausverkauf trotz erhöhter Arbeitslöhne.

Schon zehn Wochen lang kämpft die Textilarbeiterschaft Schlesiens um Mehrlohn. Bislang ohne jedes Ergebnis. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnerhöhung als nicht „tragbar“ ab. In einem Schiedspruch des Gläzser Schlichtungsausschusses wird der Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung zuerkannt. Diesen Schiedspruch lehnen die Arbeitgeber ab, und da er noch nicht für verbindlich erklärt worden, müssen die Arbeiter noch vorläufig auf eine Lohnaufbesserung warten. Nicht so lange warten kann ein „notleidendes“ Textilgeschäft. „Geschäft ist Geschäft“, denkt es und läßt in mittelschlesischen Zeitungen nachfolgende Ausverkaufsanzeige los:

### Trotz erheblicher Steigerung

der Rohmaterialienpreise und soeben abgeschlossener Erhöhung der Arbeitslöhne im Textilgewerbe-Larif

um 16 Prozent

halten wir unsere billigen Grund- und Extrapreise für den diesjährigen

## Saison-Ausverkauf

bis 15. Juli d. J. aufrecht.

Auf die Bruttopreise Extra-Rabatt von 10 Prozent.

Telefon 172 Siebert & Weinert Telefon 172

Der Manufakturwarenfirma Siebert u. Weinert muß man es lassen, sie ist ganz fraglos „geschäftstüchtig“. Soll aber dieser so geschäftstüchtigen Firma wirklich nicht bekannt sein, daß ein noch nicht für verbindlich erklärter Schiedspruch, von dem die Arbeitgeber nichts wissen wollen, von einer „soeben abgeschlossenen Erhöhung der Arbeitslöhne im Textilgewerbe“ noch ziemlich weit entfernt ist? Laut Anzeige verkauft die Firma bis zum 15. Juli noch zu „billigen Grund- und Extrapreisen“! Wie rücksichtslos gegen die Käufer, die hoffentlich die Gunft der Firma, alle Ladenhüter an den Mann zu bringen, auch zu würdigen wissen!

Die Verbraucherpflichten in Mittelschlesien werden ganz gewiß mit dieser „houlanten“ Firma ein Einsehen haben und begreifen, daß es ihr ungemein schwer ankommen muß, sich von alten Kalkulationsgewohnheiten aus der Inflationszeit zu trennen. Nach der Formel: „Die Löhne werden erhöht, — also müssen die Preise steigen — somit sind die Lohnsteigerungen schuld an der Inflation“, wird auch heute noch von vielen Kaufleuten und auch von Arbeitgebern „gearbeitet“. Auf diese Weise kann man dem Arbeitsmann zunächst einmal eine Zeit hindurch jede noch so berechtigte Lohnforderung ablehnen, denn läßt man ihm höhere Warenpreise zahlen, noch bevor er einen neuen Heller mehr verdient hat und ihn nicht mehr mit dem in der weitesten Öffentlichkeit noch verantwortlich für Preissteigerung, Geldentwertung, Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland, Wirtschaftskrisen und weiß Gott sonst noch alles

Mögliche und Unmögliche. Der oben besprochene Vorgang ist ein Schulbeispiel dafür, daß der Arbeiter schließlich den Pechesel für den Fabrikanten als wie auch für den Handelsmann abgeben muß, wenn er sich nicht starke Gewerkschaften und Genossenschaften schafft, die seine Belange vertreten und ihn vor jeder Ausbeutung durch das gewerbliche und kaufmännische Kapital wirksam zu schützen in der Lage sind.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Juni 1925.

Monat Juni 1925.

Die Kurve der Arbeitslosenziffer zeigt im Berichtsmonat ein schwaches Anziehen der Zahlen. Vollarbeitslos waren 351 männliche Mitglieder und 548 weibliche Mitglieder. Insgesamt 899 Verbandsangehörige, ist 1 Prozent der Erfaßten.

Im Juli	1924	waren vollarbeitslos	8,1 %	der Mitglieder
„ November	1924	„	3,8 %	„
„ Januar	1925	„	1,4 %	„
„ März	1925	„	1,2 %	„
„ April	1925	„	0,8 %	„
„ Mai	1925	„	0,7 %	„
„ Juni	1925	„	1 %	„

Die gespannten Verhältnisse im Wirtschaftsleben allgemein, scheinen auch auf unsere Industrie ihre Rückwirkung auszuüben. Ist die Steigerung bei der Vollarbeitslosenzahl von 0,7 Prozent im Vormonat auf 1 Prozent in diesem Monat auch verhältnismäßig gering, so darf doch nicht vergessen werden, daß bei der Tendenz weiterer Gruppen im Arbeitgeberlager unserer Textilindustrie die Gefahr zum Ansteigen dieser Zahlen überaus groß ist.

Auch die von Kurzarbeit betroffenen Arbeiter haben an Zahlen zugenommen.

Es arbeiteten verkürzt im Monat Juni: 2248 männliche Mitglieder und 4054 weibliche Mitglieder, insgesamt 6302 Verbandsangehörige ist 7,5 Prozent der Erfaßten.

Im Juli	1924	waren 47,0 % unserer Mitglieder Kurzarbeiter
„ November	1924	9,2 %
„ Januar	1925	5,1 %
„ März	1925	4,2 %
„ April	1925	4,6 %
„ Mai	1925	6,2 %
„ Juni	1925	7,5 %

Die bezirkliche Auswirkung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist folgende:

Bezirk	vollarbeitslos	1,1 %	Kurzarbeit	0,5 %
„ Krefeld	„	0,2 %	„	16,3 %
„ M. Gladbach	„	1,6 %	„	13,5 %
„ Aachen	„	1,7 %	„	7,8 %
„ Barmen	„	0,4 %	„	2,1 %
„ Westfalen	„	—	„	13,6 %
„ Hannover	„	0,4 %	„	16,8 %
„ Schlefien	„	2,5 %	„	12,9 %
„ Sachsen	„	0,6 %	„	3,7 %
„ Bayern	„	—	„	5,7 %
„ Württemberg	„	2,5 %	„	0,6 %
„ Baden	„	—	„	—

der erfaßten Mitglieder.

Auffallend ist, daß der Bezirk Baden, der im Vormonat keine Arbeitslosen hatte, jetzt mit 2,5 Prozent neben Sachsen an der Spitze marschiert, dagegen bei den von Kurzarbeit Betroffenen von 2,4 auf 0,6 Prozent heruntergegangen ist.

Der im vergangenen Monat ausgedrückten Ermahnung zur pünktlichen und reiflichen Berichterstattung sind diesmal leider nicht alle gefolgt. Die Sekretariate Krefeld und Sauerland haben nicht berichtet. Vom Sekretariat M. Gladbach fehlten 7 Ortsgruppen bei der Berichterstattung. Im nächsten Monat müssen auch diese mit dabei sein.

## Verbandstag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Halle am 27. bis 29. Juni 1925.

Die diesmalige Tagung des Gesamtverbandes trug einen ganz besonderen Charakter. Auf der einen Seite war es die erste Tagung seit dem Kriege, fand doch die letzte 1914 in Saarbrücken statt; während andererseits gleichzeitig mit dem Verbandstag das 35-jährige Bestehen des Gesamtverbandes gefeiert werden konnte. Den Hauptvortrag, des Abends hielt der Vorsitzende des Gesamtverbandes Pastor W. B. Schöfner. Seine klaren und packenden Worte führten in den Kreis christlich-national-sozialer Lebensführung und Betätigung. Es war das Bekenntnis der evangelischen Arbeitervereine zum evangelischen Christentum, zu unserm Volke und unserer Arbeiterschaft. Die Feier wurde verschönt durch musikalische und gesangliche Darbietungen.

Der Sonntag vormittag vereinigten die Teilnehmer in der Domkirche zum Festgottesdienst.

Die eigentliche Tagung fand nach gemeinsamem Mittagessen im großen Saale des Vereinshauses statt. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden übermittelte Herr Sup. Schöfner den Gruß der Provinzialkirche. Er verweist auf die großen Aufgaben der Kirche gerade in Mitteldeutschland und erhebt die Forderung, daß hier bei der kommenden Industriestaufhebung nicht nur materielle, sondern auch ideelle Werte geschaffen werden müssen. Er verspricht der Leitung auch weiterhin warmste Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die Kirche. Herr Kieper überbringt Grüße von der Deutschen Volksversicherung und Herr Broß vom Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine und vom D. S. B. Auf Vorschlag des Vorstandes und Ausschusses werden die langjährigen treuen Mitarbeiter im Gesamtverband, die Herren Hr. K. Franke und W. Kneifer Bärn einstimmig zu Ehrenmitgliedern gewählt. Von der Ernennung des zweiten Vorsitzenden des Gesamtverbandes, des Abg. W. K. Koch zum Ehrenvikar der staatswissenschaftlichen Fakultät Bonn, nimmt die Vertretertagung erfreut Kenntnis. Erblickt sie doch darin in erster Linie eine Ehrung der Gesamtbewegung.

Durch den nun folgenden Bericht des Vorsitzenden über die Entwicklung in den Jahren während und nach dem Kriege gewinnen wir ein Bild von dem Leben und den Kämpfen, dem Ringen und Mühen um die Arbeiterseele und um die Standwerdung des Arbeiterstandes.

Der Gesamtverband war auf den verschiedensten Gebieten zum Teil erfolgreich tätig. In den schwersten Zeiten nationaler

Not war die Bewegung dem Vaterlande treu, nationale Erneuerung das Ziel. Allerdings erfüllt es uns mit Sorge, daß manchmal der nationale Gedanke den christlichen Unterbau vermissen läßt, statt Christus — Wodan.

In stichtiger Beziehung sehen wir den hemmungslosen Kampf gegen den § 218. Wir treten diesen Bestrebungen mit aller Schärfe entgegen und sind der Auffassung, daß die Reinhaltung des deutschen Familienlebens eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Volksebens ist. In der Frage der Alkoholbekämpfung, Raucherfrage usw. sind wiederholt Eingaben gemacht worden. Zur Arbeitszeitfrage konnte der Gesamtverband, sowohl anläßlich des Kirchentages in Bethel, wie auch in den Parlamenten, mit Erfolg tätig sein. Die soziale Bewegung, die als eine kraftvolle Lat empfundener wurde, hat durch die Arbeitervereinsbewegung weiteste Auswertung erfahren. Der Gesamtverband war ferner bestrebt, die sozialen Gegensätze vermindern zu helfen. Es wurden Anregungen zur Bildung christlich-sozialer Arbeitsgemeinschaften gegeben. Die guten Erfahrungen damit bilden Antriebe zu weiterer Betätigung in dieser Richtung. In kräftiger Weise setzte sich die Bewegung für die evangelische Bekenntnisfrage ein.

Aus einzelnen Verbänden konnte sodann ganz besonders erfreuliche Leichtet werden, so aus dem Rhein-Weiß und dem Schlesiens Verbände, zahlenmäßige, äußere Entwicklung wie auch innere Erstärkung.

Ueber die geistigen Grundlagen der Bewegung sprach General-Sekretär Grunz. Seine Ausführungen atmeten, wie später Abgeordneter Hartwig in der Aussprache betonte, wahrhaft christlich-sozialen Geist Stöders. Ueber die organisatorischen Fragen, den Aufbau und Ausbau des Gesamtverbandes referierte General-Sekretär Rudolph. In der Aussprache kam gegenüber mancherlei Bedenken über die finanzielle Weiterführung des Werkes, der Glaube und die Zukunft in die Zukunft der Bewegung stark zum Ausdruck. — Einen großen Teil der Aussprache nahm die Stellung zur Gewerkschaftsfrage ein. Weit überwiegend wurde der Wunsch laut, mit den christlich-nationalen Gewerkschaften in aller Waffenbrüderlichkeit zu arbeiten. Die Mitteilung von dem bevorstehenden Wiederaufleben des deutschen Arbeiterkongresses wurde besonders lebhaft begrüßt. Die Vorträge und Aussprachen fanden ihren Niederschlag in mehreren Entschlüssen, die sowohl in sozialpolitischer, nationalpolitischer und kirchenpolitischer Beziehung bestimmte Forderungen aufstellten. Die eindrucksvolle Tagung fand ihren Abschluß durch eine Sekretärsitzung am Montagsmorgen.

## Allgemeine Rundschau.

Die Evangelisch-Soziale Schule des Gv. Johannesstifts.

Die in weiten Kreisen bekannte Evangelisch-Soziale Schule ist in diesen Wochen in die dritte Epoche ihrer Entwicklung getreten. Im Jahre 1912 in Bethel bei Bielefeld gegründet und mit der Aufgabe betraut, in erster Linie der evangelischen Arbeiterbewegung ein Bildungswesen auf der Grundlage evangelischen Glaubens, deutschen Volkstums und erstens sozialer Verantwortung zu geben, hat sie diese Aufgabe fast ein Jahrzehnt lang von Bethel aus durch die Veranstaltung von Lehrgängen, Abhaltung von Wanderausfahrten sowie durch die Ausbildung und Anstellung eigener Sekretäre zu erfüllen gesucht, trotz der schweren Hemmungen, die Kriegs- und Nachkriegszeit ihrer Entwicklung entgegenstellten. Aber gerade Kriegs- und Revolutionszeiten lieferten den unbestreitbaren Beweis, wie dringend nötig die Erweiterung der Arbeitsaufgaben der Evangelisch-Sozialen Schule waren. Aus diesem Grunde wurde die Schule durch die im Oktober 1921 erfolgte Verlegung in das Gv. Johannesstift Spandau auf eine breitere Grundlage gestellt. Hier war durch das Vorhandensein großzügiger Unterrichts-möglichkeiten die Voraussetzung dafür gegeben, in stärkerem Maße als bisher auch den Vertretern anderer Stände zu dienen, die sich berufsmäßig mit der „sozialen Frage“ in allen ihren Verzweigungen und Zusammenhängen beschäftigen müssen, wie Geistlichen, Lehrern, Studenten, Unternehmern, Landwirten, Frauen usw. Oberster Grundsatz blieb auch hier für die gesamte Arbeit, aus jedem Stande Führer auf dem Grunde evangelischer christlicher Glaubensüberzeugung in staatsbürgerlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht heranzubilden, wobei theologische Meinungsverschiedenheiten und parteipolitische Kämpfe ausgeschlossen waren.

Immer deutlicher stellte sich die Größe und Mannigfaltigkeit der Aufgaben heraus, die der Lösung harren. Gemessen an dem Gegenstück, welches der katholische Flügel im „Volkverein“ für das katholische Deutschland“ seit dem Jahre 1890 besitzt, verglichen mit der starken und umfassenden Organisation, über die die marxistische Sozialdemokratie verfügt, muß die bisherige Leistung auf evangelischer Seite als verhältnismäßig gering bezeichnet werden, wenn auch keinesfalls verkannt werden soll, daß die Vorkämpfer der Evangelisch-Sozialen Schule in beispiellosem Opfermut und grenzenlosem Glauben ihr Bestes für die Sache hingegeben haben. Sollte jedoch die Evangelisch-Soziale Schule ihre umfassende Aufgabe erfüllen, so müßte ihr Gelegenheit gegeben werden, sich frei von aller äußeren hemmenden Enge zu entfalten.

Die Erwägungen haben neuerdings nach eingehenden Beratungen und im vollen Einverständnis mit den maßgebenden Stellen zu einer Vereinigung der Evangelisch-Sozialen Schule mit dem Gv. Johannesstift in Spandau geführt. Diese Initiative, der ihre ursprüngliche Aufgabe auf dem Gebiete der Kindererziehung durch die Inflation genommen ist, ist schon aus anderen Gründen infolge ihrer günstigen Lage unmittelbar vor den Toren Groß-Berlins, mit ihren umfassenden Unterrichts-, Verpflegungsmöglichkeiten und sonstigen Einrichtungen, wie Hörsälen usw., als zentrale Bildungs- und Pflegestätte evangelischer Geisteslebens besonders geeignet. Das neue Arbeitsziel entspricht durchaus dem Programm der Inneren Mission; denn gerade unsere sozial zerrissene Gegenwart hat die Bedeutung der kirchlichen Dienstleistungsarbeit nach der Richtung der Führerschaft ins hellere Licht gerückt. Sie nunmehr mit dem Gv. Johannesstift vereinigte Evangelisch-Soziale Schule wird aber nur dann in stande sein, die ihr gestellte außerordentlich erweiterte und bedeutungsvolle Aufgabe zu lösen, wenn in allen Ständen und Berufen das Verständnis für eine auf dem Glaubensgrunde des Evangeliums beruhende Sozialpolitik gewacht wird. Es gilt daher jetzt in erhöhtem Maße, alle evangelischen Stände und Berufe, die in irgend einer Verbindung zur „sozialen Frage“ stehen, — und bei welchem Stande oder Berufe träge das nicht zu? — für den evangelisch sozialen Schulungs- und Lehrgedanken zu erwärmen, um alle Kräfte des deutsch-evangelischen Volkstums zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Der marxistische Sozialismus hat unser Volk an den Rand des Abgrundes gebracht; ein Wiederaufstieg ist nur möglich, wenn die Heilkräfte des Evangeliums unsere sozial und wirtschaftlich verfahrenen Verhältnisse wieder zurückbringen.

### Aus der Textilindustrie.

#### Die deutsche Kunstseidenindustrie.

Die Wirtschaftszweige, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit als Krieger- und Erfindungsindustrien prosperieren konnten, müssen jetzt, nachdem Rohstoffbeschaffung und Wirtschaftsbedürfnisse wieder normalere Formen angenommen haben, entweder sich umstellen oder, da die Wirtschaft für den Spezialproduktionszweig kein Interesse mehr hat, verschwinden. So ist z. B. die Fabrikation von Kunstleder, Papierstoffen, Gummi-erfab und ähnlichem bereits eingegangen. Eine Industrie, die zwar im kleinen schon vor dem Kriege bestand, der aber infolge von der ihr entgegengerichteten Steifigkeit einerseits und infolge des Ersatzproduktes betrachtenden wirtschaftlichen Wohlstandes die Vorbedingungen zur Entwicklung fehlten, ist die Kunstseidenindustrie. Und zwar hat sie sich nicht nur über den Zeitpunkt hinaus, von dem an die Einfuhr von Seide wieder möglich war, halten können und entwickelt, sondern sie wird auch, nach dem Urteil von Sachkennern, ein bleibender, sehr ausbreitender Industriezweig in der deutschen Wirtschaft sein und in der Bekleidungs- und überhaupt Textilindustrie eine immer bedeutendere Rolle spielen. Die Kunstseide wird nicht nur, wie anfangs, als Garn zu Stickerzeugnissen verwendet, sondern jetzt für Webstoffe, vor allem für Kravatten, Posamenten, Möbelstoffe, Trikots, Tassen und Kissen und, was wenig bekannt sein dürfte, auch zur Umwicklung von Kabeln und zur Herstellung von Glühkörpern mit Erfolg verwendet. Es sind das alles zum größten Teil Verwendungszwecke, die nicht von der Mode abhängig sind und einen ständigen und steigenden Absatz versprechen. Die Auslichten dieses Industriezweiges in dem verarmten Deutschland werden auch durch die Tatsache ins rechte Licht gesetzt, daß 1 kg echter Seide, unter Berücksichtigung des Verlustes beim Abfädeln, 60-70 M. kostet, während 1 kg Kunstseide sich auf 18-20 M. stellt. Sie ist bereits und wird noch viel mehr ein Ersatzmittel für den Konsum werden angesichts der mangelnden Kaufkraft einerseits und des erbrachten Nachweises andererseits, daß sie qualitativ sehr brauchbare Produkte liefert.

Welchen Umfang die Kunstseidenfabrikation bisher angenommen hat, läßt sich vorläufig noch schwer übersehen. Neben den bereits vor dem Kriege existierenden Fabriken, unter denen die Vereinigten Stangstoff-Fabriken A.-G., Elberfeld, und S. W. Demberg A.-G., Barmen, den ersten Platz einnehmen, sind eine Reihe von neuen Fabriken, deren Zahl weit über zwanzig hinausgehen dürfte, entstanden, unter denen die Bayerische, die Gläubauer und Zehlendorfer Spinnereien die bekanntesten sein dürften. Die Kohn-Rottweil A.-G., die sich schon vor dem Kriege mit der Verarbeitung von Stapelfasern beschäftigte, ist, wie wir hören, auch zu einer Kunstseidenfabrikation übergegangen, jedoch nur auf dem Gebiete der Leppichwebererei. Da das Rohmaterial im wesentlichen Zellulose bildet, so werden auch die Zellulosefabriken (wie besonders Waldhof A.-G., Mannheim, Söfeler Zellulose- und Papierfabriken A.-G., Geldmühle, Papiers- und Zellulosewerke A.-G. und der Hartmannsberg) einen aus diesem neuen Fabrikationszweige ziehen. Die Entstehung eines solchen Industriezweiges ist in unserem an lebendigen Produktionsstätten nicht überreichen Lande sehr zu begrüßen und mit allen Mitteln zu fördern. Ob eine Förderung dieses Zweiges darin liegt, daß die Regierung auf die Einfuhr von Kunstseide einen Zoll von 100 M. auf die Einheit (bisher 30 M.) legt, erscheint mehr als zweifelhaft.

Ein Einfuhrbedarf an Kunstseide liegt, wie auch der Regierungsentwurf zur Zolltariflage zeigt, nicht vor, da die deutsche Kunstseidenzeugung im allgemeinen imstande ist, den Inlandsbedarf zu befriedigen. Wie gering die Gefahr einer Einfuhr ist, beweist auch die Tatsache, daß die Vereinigten Stangstoff-Werke jetzt im Begriff stehen, im Verein mit Demberg eine eigene Kunstseiden-Produktion in Amerika zu eröffnen; ein Zeichen, daß die ausländische Produktion bei weitem nicht imstande ist, den ausländischen Bedarf zu decken. „Germania“, Berlin.

#### Die Textilkrise.

hat sich in England für Woll- und Strickwaren, wie in der Jute- und Leinwandindustrie, sehr verschärft. 45 Prozent der Arbeiter in der Wollindustrie, 46 Prozent in der Strickwarenindustrie sind auf Kurzarbeit gestellt, in der Woll- und Leinwandindustrie hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter im letzten Jahre um 60000 vermindert. Im Mai betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen in der Wollindustrie 17,8 Prozent gegenüber 4,7 Prozent in der Leinwandindustrie 40,1 Prozent gegenüber 10 Prozent vor einem Jahre. Die englische Baumwollindustrie hat eine Besserung des Absatzes zu verzeichnen. Die Krise der französischen Baumwoll- und Seidenindustrie dauert weiter an, in der Wollindustrie ist eine Besserung zu verzeichnen. Sehr verschlechtert hat sich die Lage der schwedischen Textilindustrie, vor allem der Spitzen- u. Strickerindustrie, die durch die englischen Schutzzölle in ihrer Expansionsfähigkeit gehindert ist, aber auch der Spinnerie- und Weberei, die umfangreiche Betriebseinsparungen vornehmen mußten. In den Vereinigten Staaten, wo selbst während der Zeit der Hochkonjunktur eine Textilkrise vorhanden war, hat sich die Lage der Baumwollindustrie in der letzten Zeit infolge der Steigerung des Verbrauches erheblich verbessert.

### Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte. Ein selbstverständliches und doch beachtenswertes Urteil.

Der Färbereiarbeiter B. wurde am 9. 6. von der Firma Josef Krey, Durst u. Krey Nachfolger, Lobberich, sächsisch entlassen. Nach Angabe der Betriebsleitung erfolgte die Entlassung wegen eines Wortwechsels mit dem Meister. Bei der zur Besprechung stehenden Firma besteht durch die Schuld der Arbeiter keine Betriebsvertretung. Der entlassene Färbereiarbeiter meinte, daß es nicht Wille des Geheggers sein könne, in den Betrieben, wo keine Betriebsvertretung gewählt wurde, den Arbeiter im Kündigungs- und Entlassungsfalle schutzlos zu lassen. Diesen Standpunkt teilte das angerufene staatliche Gewerbegericht M.-Glabbach als vorläufiges Arbeitsgericht nicht. In der Sitzung vom 25. Juni 1925 hat es für Recht erkannt:

Der Einspruch ist nicht begründet. Dem Kläger werden die Kosten des Verfahrens zur Last gelegt, insbesondere auch die an die Gewerbegerichtskasse zu zahlende, auf 3 Mark festgestellten Gerichtskosten. Dieses Urteil ist endgültig und vollstreckbar.

#### Tatbestand und Gründe:

Mit der Behauptung, daß die Beklagte ihn zu Unrecht sächsisch entlassen hat, hat der Kläger gegen die Entlassung vom 9. 6. 1925 das Arbeitsgericht angerufen und gemäß Paragraphen 84, 4, 87 B.R.G. geklagt.

Die Klage konnte aber keinen Erfolg haben, weil nach dem eigenen Vortrag des Klägers bei der Beklagten eine Betriebsvertretung nicht besteht, so daß die Vor-

aussetzung für die Anrufung des Arbeitsgerichts, nämlich die Stellungnahme der Betriebsvertretung zu der Kündigung, nicht erfüllt ist. Die Einspruchsklage ist deshalb unzulässig.

Kostenentscheidung Art. 5 der Ausführungsordnung zur Schlichtungsverordnung.

gez. Scherer.

#### Ausgefertigt:

Der Vorsteher des Sekretariats Gösser.

Der Färbereiarbeiter B. war vom 18. 4. 1921 bis 9. 6. 1925, mithin rund 4 Jahre bei der Firma in Arbeit gewesen. Das Fehlen der Betriebsvertretung hinderte ihn:

1. keine Rechte auf Weiterbeschäftigung oder
2. eine Entschädigung, die in diesem Falle bis zu 504 M. betragen konnte, zu fordern.

Vorstehende Entscheidung ist eine sehr ernste und deutliche Warnung an alle Belegschaften, die keine Betriebsvertretung haben. Wahrt eure Rechte durch die sofortige Wahl einer Betriebsvertretung.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Bocholt.** Unsere rührige Jugendkommission unter der Leitung des Kollegen Johann Krabben hatte am 8. Juli für die Jungmänner unserer Bewegung einen Jugendabend veranstaltet. Dieser Veranstaltung war ein voller Erfolg beschieden. Ueber 200 junge Kollegen waren der Einladung gefolgt. Zunächst sprach der Kollege Wehrens ein Gedicht von Gudm. Kelling, „Der Gewerkschaftler“. Dann begrüßte der Kollege Krabben die Jungmänner recht herzlich. Die Festrede hatte der Kollege Göwert übernommen, der den interessiert zuhörenden jungen Kollegen die Bedeutung unserer Bewegung vor Augen führte. Hier wurden viele der Anwesenden in eine ganz neue Welt eingeführt. Mancher, der bisher über Spiel und Sport die ernstesten Seiten des Lebens vernachlässigt hat, jagte den letzten Vorsatz, in Zukunft mitzuarbeiten an der Festigung und Stärkung der von den Vätern unter schwierigen Verhältnissen und großen Opfern geschaffenen christlichen Arbeiterbewegung. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wendeten sich die Kollegen Wehrens, Wehrens, vortragen von dem Mandolinenkreis des Arbeitervereins St. Paulus und Ausdrachen ab. Die Theaterabteilung des jugendlichen Arbeitervereins brachte zwei Stücke, „Eure Vater und Mutter“ und „Der Waldhub“ mustergültig zur Aufführung.

### An die Unorganisierten.

Du darfst nicht länger auf der Haut dich strecken  
Und durch die Arbeit anderer dich bereichern,  
Du selber mußt den Mut zum Handeln wecken,  
Dich tüchtig regen und dir Ziele stecken,  
Sonst bist du gleich Betrüger und Beschleimern.

Nur ernten soll, wer hinterm Pfluge säret  
In harter Mähe und des Tages Plage,  
Wer tief gebückt, im Schweiß das Feld bereitet,  
Mit dunklen Mächten um Erhaltung streitet,  
Damit die Arbeit reiche Früchte trage.

Wir alle haben gleiche Interessen  
Und mühen darum gleiche Opfer bringen.  
Wie talich darum, der überklug, vermessen,  
Denkt einzuheimen, trüg und pflichtvergessen,  
Wenn für die andern hell die Sichel klingeln.

L. Kelling im Bergknappen.

Alle Anwesenden waren über das Gebotene des Lobes voll. Die Augen der Jugendlichen leuchteten in heller Begeisterung. Die ganze Veranstaltung hat aber auch gezeigt, daß in den Reihen unserer Jugendlichen noch sehr viel unbenutzter Idealismus zu finden ist. Es kommt nun darauf an, diesen in die richtigen Bahnen zu leiten. An die Jugendlichen richten wir die dringende Bitte, nun aber auch das Gehörte in die Tat umzusetzen und sich als ganze Mitglieder unserer Bewegung überall zu betätigen.

**Boisheim.** Stilllegung der Flachstränkefabrik Boisheim. Die im Kriege mit Hilfe der Regierung errichtete Flachstränkefabrik soll stillgelegt werden. Beschäftigt sind 20 männliche und 23 weibliche Arbeiter, sowie 8 Angestellte. Letztere wurde bereits das Vertragsverhältnis gekündigt. Am 10. Juni 1925 fanden unter dem Vorsitz des Gewerberatens Vesperling Verhandlungen statt, der im Auftrage des Regierungspräsidenten den gestellten Stilllegungsantrag der Firma zu prüfen hatte. Es wurde festgelegt, daß der Flachsanbau erheblich tieferer Qualität erster Qualität in beliebiger Menge zum Preise von 150 Mark das Rilo. Die Flachstränkefabrik Boisheim könne nur eine weniger spinnbare Qualität zum Preise von 260 Mark das Rilo auf den Markt bringen. Daher bevorzugten die Spinnereien die russischen Klische. Unser Verband, der die Arbeiter bei den Stilllegungsverhandlungen vertrat, legte besonderen Wert darauf, die Arbeiter vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Es besteht begründete Aussicht, daß alle Beschäftigten in benachbarten Betrieben der Textilindustrie Unterkunft finden.

**Dülken.** Einheitsorganisation. Ueber Einheitsorganisation wird heute wieder viel gesprochen. Und alle Arbeitnehmervereine bemühen sich, ihren Mitgliedern klar zu machen, daß ihr Verband der richtige ist und er nur allein Expansionsberechtigung hat. Alle anderen dienen nur der Zersplitterung und damit einer Schwächung der Arbeiterschaft. Wie liegt nun die Sache?

Gewiß würde eine einzige Organisation für die Arbeiterschaft von großem Vorteil sein und auch den Idealfall darstellen. Auch würde eine Einheitsorganisation, wenn sie von einem Einheitswillen befeuert wäre, die Stohkraft der Arbeiterschaft gewaltig steigern. Die „freie“ Gewerkschaftsbewegung bemüht sich seit Jahr und Tag, der Arbeiterschaft den Beweis zu liefern, daß sie diese Organisation und nur allein eine rein wirtschaftliche Organisation sei. Alle übrigen, besonders die christlichen Gewerkschaften, seien nur der Zersplitterung wegen gegründet? Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit?

Die „freien“ Gewerkschaften haben seit der Gründung unter der Führung der sozialdemokratischen Partei mit Argusaugen wurde darüber gewacht, daß alle leitenden Stellen mit wählbaren Gewerkschaften besetzt und keine andere Meinung als die sozialdemokratische vertreten wurde. Von jeder wurde ein offener und geheimer Kampf geführt gegen alles, was mit Kirche und

Christentum im Zusammenhang steht. In Versammlungen und Presse wurde das religiöse Empfinden eines großen Teiles der Mitglieder verletzt. Ueber Kirche und ihre Diener hergefallen. Ist das eine rein wirtschaftliche Organisation, die so handelt?

Wie ganz anders stehen die christlichen Gewerkschaften da! Die christlichen Gewerkschaften kämpfen für die Befreiung der Arbeiterschaft aus den unerträglichen Verhältnissen, in die sie ein rücksichtsloser Kapitalismus gebracht hat, so entschieden und so kraftvoll, wie es nur möglich ist. Sie ehren und achten aber die religiöse und politische Ueberzeugung ihrer Mitglieder und stellen somit die beste und wirksamste Organisation der deutschen Arbeiterschaft dar. Eine Gesundung der Wirtschaft und der Ausbau unseres deutschen Vaterlandes ist nur dann möglich, wenn alle Christlich denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen den Mut finden, aus ihrer Ueberzeugung kein Geheimnis zu machen. Nicht Scheinchristentum, sondern das Christentum der Tat hat allein die Kraft in sich, das deutsche Volk einer Gesundung entgegenzuführen. Das Scheinchristentum legt jeder an den Tag, der sich als Christ bekennt, jedoch einer „freien“ Organisation angeschlossen ist und nicht den Mut findet, aus feiger Menschenfurcht sich einer christlichen Gewerkschaft anzuschließen. Nieher gibt man sozialistischen Führern das Geleit, als daß man den Mannesmut aufbrächte, sich dort zu organisieren, wo man seiner christlichen Ueberzeugung gemäß hingehört. Nieher läßt man sich von Vbrufen, die nie Bewirklichkeit finden, betören, als daß man ehrlichen, verantwortungsvollen Führern und Organisationen Gefolgschaft leistet. Christliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet ein in die Reihen der Kämpfer, die es ernst mit eurer Interessenvertretung meinen, die aber auch eure heiligste Ueberzeugung nicht mit Füßen treten. Verlasst den politischen Geschäftsmachern die Gefolgschaft. Kämpft für eure hohen Ideale und Ziele. Christ sein, heißt Kämpfer sein.

**Meerane in Sa.** Ein neuer Stützpunkt unseres Verbandes. Zu Anfang dieses Jahres wurde hier eine Zweigstelle unseres Verbandes gegründet. Dank eifriger Werbearbeit ist nunmehr der Kreis gleichgesinnter Kolleginnen und Kollegen so groß geworden, daß in diesen Tagen eine selbständig wirkende Ortsgruppe Meerane des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter ins Leben treten kann.

Durch die immer unerträglicher werdende schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, kommt die Erkenntnis immer mehr zum Durchbruch, daß nur ein fester gewerkschaftlicher Zusammenschluß Besserung bringen kann. Die Krisenzeit, die durch die verheerenden Wirkungen einer zermürbenden Inflation die Gewerkschaftsbewegung durchmachen mußte, ist überwunden. Durch jähres Ringen konnten, trotz geschwächter Schlagkraft, große Gefahren, die der Arbeiterschaft drohten, abgewendet werden. Doch ein mächtig gewordenen Unternehmertum nutzt die Not der Zeit aus, um der Arbeiterschaft die mühsam errungenen Rechte wieder zu entreißen und durch Niedrighalten der Löhne die Lebenslage weiter zu verschlechtern. Es ist daher zu begrüßen, daß der Organisationsgedanke wieder lebendig wird. Die sich neu entwickelnde Gewerkschaftsbewegung muß aber vom Geiste gegenseitigen Vertrauens getragen sein. Es darf keine Mithgewerkschaft mehr geben, keine erzwungene Mitgliedschaft unter parteipolitischen Druck oder dergleichen, sondern freiwillige Eingliederung in selbstbewußter Ueberzeugungstreue.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Meeraner Textilindustrie, die auf christlichem und nationalem Boden stehen, werden es daher mit Freuden begrüßen, daß ihnen nunmehr die Möglichkeit geboten wird, gemeinsam mit gleichgesinnten Menschen nicht nur ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, sondern auch für soziale Gerechtigkeit auf dem Boden christlicher Weltanschauung zu wirken. Mögen daher bald recht viele Kolleginnen und Kollegen von der großen Meeraner Textilarbeitergewerkschaft, die unserer christlich-nationalen Bewegung nahe stehen, den Weg zu uns finden und unsere Reihen stärken, damit auch auf dem harten Boden von Meerane ein Stützpunkt der christlichen Gewerkschaften entsteht, von wo aus segensreiche Arbeit zum Wohle der Arbeiterschaft geleistet werden kann.

Die junge Ortsgruppe steht unter der Leitung von Johannes Wagner, Meerane, Georgenstraße 54. Möge die Ortsgruppe unter seiner Leitung blühen und gedeihen. O. S.

### Briefkasten der Schriftleitung.

J. R. Immenstadt. Beiträge für unsere Verbandszeitung sind direkt an die Schriftleitung, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33, zu adressieren. Ein kurzer Bericht über eure Versammlung wird selbstverständlich gerne aufgenommen. Versuche einmal einen eigenen Bericht zu schreiben, der etwas origineller aussieht, als wie jene Berichte, wie sie in der Regel in den Lokalzeitungen erscheinen. Der Abdruck bereits gedruckter Berichte in unserer Zeitung muß abgelehnt werden.

### Besondere Bekanntmachungen.

Die Auszahlung der Reise-Unterstützung ist in der letzten Zeit verschiedentlich beantragt und ist auch Reise-Unterstützung schon ausbezahlt worden. Demgegenüber muß darauf verwiesen werden, daß seit der letzten Verbands-Generalversammlung die Reise-Unterstützung nicht mehr besteht. Es sind darum die Ortsgruppenkassierer nicht berechtigt, Reise-Unterstützung auszugeben. Die für diesen Zweck vorausgabten Beträge dürfen bei der Abrechnung der Zentralkasse nicht in Rechnung gestellt werden. Den Ortsgruppen bleibt es selbstverständlich unbenommen, aus lokalen Mitteln eine Unterstützung zu gewähren, wenn das Mitgliedsbuch des zu unterstützenden in Ordnung und die Ortsgruppenkasse dazu in der Lage ist. Dagegen dürfen Reise-Unterstützungen nicht mehr ausgestellt werden. Sofern von reisenden Mitgliedern Ausweise vorgezeigt und auf Grund dieser die Unterstützung verlangt wird, sind die Ausweise einzuziehen und der Zentrale zuzusenden.

#### Der Volksbühnenbund

veranstaltet eine Wohlfahrtslotterie. Die Lotterie dient u. a. der Förderung deutscher Jugendspiele, der Kulturarbeit in den gefährdeten Grenzgebieten und der Pflege deutscher Heimatspiele. Preis des Loses M. 1.— 34690 Gewinne im Gesamtwerte von 200 275 Mark. Ziehung 1. Oktober 1925. Hauptgewinn: Ein Fünfstümmmerhaus mit Mobilar. Das Haus wird in dem vom Gemein... zu bestimmenden Orte errichtet. Handzettel, Werbematerial, Plakate und Lose können bezogen werden durch Bühnenvolksbund, Frankfurt a. M., Im Gassenlager 1. Die Vertreter der Lose erhalten eine angemessene Provision.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsforderungen. — Die Lohnkämpfe in der Textilindustrie. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Juni 1925. — Verbandstag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Halle am 27. bis 29. Juni 1925. — Allgemeine Rundschau: Die Evangelische Soziale Schule des Ev. Johannesstifts. — Aus der Textilindustrie: Die deutsche Kunstseidenindustrie. — Die Textilkrise. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Ein selbstverständliches und doch beachtenswertes Urteil. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Boisheim. — Dülken. — Meerane in Sa. — Briefkasten der Schriftleitung. — Besondere Bekanntmachungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstraße 33.